

Aus: „junge Welt“ vom 27.03.2003
<http://www.jungewelt.de/2003/03-27/007.php>

ZWEI KRIEGE - WELTGEWERKSCHAFTSBUND SETZT AUF WIDERSTAND GEGEN EROBERUNGSFELDZÜGE UND SOZIALE ANGRIFFE

Von Klaus von Raussendorff

Am vergangenen Wochenende fand in Brüssel eine Konferenz von Gewerkschaftern statt, zu der das in Athen ansässige Europäische Regionalbüro des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) eingeladen hatte. Die etwa 250 teilnehmenden Gewerkschaftsvertreter aus 21 Ländern stellten drei Themenschwerpunkte in den Mittelpunkt ihrer Beratungen: Solidarität mit den Völkern des Irak und Palästinas, die Auswirkungen der imperialistischen Aggression auf die arbeitenden Menschen und die Rolle der klassenbewußten europäischen Gewerkschaftsbewegung.

Wie ein roter Faden zog sich durch die Beiträge der 30 Redner, was George Mavrikos, der Koordinator des Europäischen Regionalbüros des WGB, in seinem Schlußwort als die »zwei Kriege« bezeichnete. Die neue Aggressivität des Imperialismus führe nicht nur zu einer Eskalation der internationalen Spannungen, zur Militarisierung der internationalen Beziehungen, wachsenden Militärhaushalten, dem Aufbau von »schnellen Eingreiftruppen« der EU und NATO und einer gefährlichen Verschärfung der innerimperialistischen Differenzen. Der Krieg gegen den Irak, die aggressive Politik gegen Nordkorea, Libyen und andere Staaten hätten eine Kehrseite. Das sei der andere Krieg, der von den Mächten der neoliberalen Globalisierung geführt werde, um die Profite der Großkonzerne in ihrem weltweiten Konkurrenzkampf auf Kosten der Arbeiter zu erhöhen.

Man war sich in Brüssel einig: Es genüge nicht, Nein zum Krieg gegen andere Völker zu sagen. Die Gewerkschaften müßten mit gleicher Intensität gegen den sozialen Generalangriff auftreten, den die Initiatoren imperialistischer Kriege gegen die arbeitende Bevölkerung der eigenen Länder eingeleitet haben. Aus Deutschland nahm Gerhard Kupfer teil, Betriebsratsmitglied bei DaimlerChrysler in Bremen. Schwerpunkt seines Beitrags war die inzwischen von zahlreichen kritischen Gewerkschaftern mit Erfolg gestartete Kampagne gegen die Hartz-Gesetze. Es gelte, sich zur Wehr zu setzen gegen Leiharbeit, Aufhebung des Kündigungsschutzes, Ersetzung von Normalarbeitsverhältnissen durch Billigjobs, Verschlechterung der Ausbildung und Absenkung der Erwerbslosenunterstützung.

Kritisch wurden solche »Sozialforen« und »neuen Bewegungen« unter die Lupe genommen, die sich innerhalb der engen Grenzen bewegen, die von den transnationalen Konzernen Europas noch toleriert würden. Beunruhigt über das Engagement der Jugend, vor allem deutlich bei den großen Demonstrationen in Genua, Brüssel, Lissabon, Prag und Florenz, versuchten Sozialdemokraten und manche Gewerkschaftsführungen, die jungen Menschen in selektive Lobbys der Sozialforen einzubinden. Sie wollten damit die Jugend, die sich nicht in die Rahmenbedingungen von Kapitalismus, EU und NATO zwingen lassen will, davon abhalten, sich in Gewerkschaften und Parteien ihrer Länder zu organisieren, so der Tenor der Konferenz.

Das aus sieben Mitgliedern bestehende Europäische Regionalbüro des WGB wurde erst vor knapp zwei Jahren, am 7. April 2001, in Athen eingerichtet. Ihm gehören Mitglieder in 16 Ländern an. Die Initiatoren hatten sich im Juli vorigen Jahres eine Plattform gegeben, die auf eine klassenorientierte Linie gewerkschaftlicher Arbeit gerichtet sei. Damit einher gehe die

Auseinandersetzung mit der auf »Sozialpartnerschaft« ausgerichteten Linie von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie. Allerdings mußten die Gewerkschafter in Brüssel einräumen, daß die klassenorientierte Gewerkschaftsbewegung immer noch schwach im Vergleich zu den über große Apparate und Finanzen verfügenden »offiziellen« Gewerkschaftsstrukturen sei. Aber sie sei lebendig, erhalte durch die Antikriegsmobilisierung spürbar Auftrieb und habe sich ihren Platz in den europäischen und weltweiten Demonstrationen errungen. Auch in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sei der WGB inzwischen wieder vertreten.

Einer der kommenden Höhepunkte in der Arbeit des WGB soll nach dem 1. Mai ein »kämpferischer Empfang« werden, den die »Aktion Thessaloniki 2003« dem nächsten unter griechischer Präsidentschaft stattfindenden EU-Gipfel bereiten will. Für die drei Tage dieses Gipfeltreffens sind Aktionen und Demonstrationen in der griechischen Großstadt geplant, zu denen zwei weitere Bündnisse ebenfalls aufgerufen hätten: Das Griechische Sozialforum und eine trotzkistisch geprägte »Initiative 2003«.

Die geplanten Proteste am 20., 21. und 22. Juni sind auch deshalb von besonderem Interesse für die Aktionsfähigkeit des WGB, weil die unter dem Namen »PAME« organisierte stark klassenorientierte Front innerhalb des griechischen Gewerkschaftsverbandes eng mit dem in Athen ansässigen Europäische Regionalbüro zusammenarbeitet.